

Sie sitzen mit den zwölf Abgeordneten der NPD in einem Parlament. Sie mit der PDS allerdings links im Saal, genau vis à vis von der NPD. Wie müssen wir uns deren Parteigänger vorstellen? Wie treten sie auf, so lächerlich wie seinerzeit die DVU-Leute in Magdeburg?

Nein, das ist kein Vergleich. Lächerlichkeit entlarvt, aber macht nicht ungefährlich. Manche Hitler-Fotos aus der Zeit vor 1933, mit Frack und Zylinder, sehen grotesk aus. Aber das Lachen erstickt, weil wir heute die Häutung kennen, die der Inszenierung folgte. Ich warne vor jeder Überheblichkeit, mit der die NPD und die übrigen rechtsradikalen Parteien noch immer betrachtet werden. Ihr bürgerlicher Habitus – Frack und Zylinder – wollen Seriosität, Handlungsfähigkeit und Regierungsfähigkeit demonstrieren. Die NPD-Fraktion wirkt geschlossen und diszipliniert. Man spürt ständig die straffe Führung durch ihre intellektuellen Hintermänner wie etwa den aus dem Saarland stammenden Rechtsanwalt Peter Marx, der als Fraktionsgeschäftsführer eine Schlüsselrolle spielt.

Hinter Sachsens NPD stehen also nicht nur Sachsen?

Das kann man bei mindestens vier Abgeordneten, die aus dem Westen stammen, ohnehin nicht sagen. Es ist offenkundig, dass die NPD nach dem „Fanal von Sachsen“ ihren Brückenkopf an der Elbe – geschützt von der Immunität der Parteibüros – zur heimlichen Parteizentrale ausbaut.

Bundesweit, vor allem wiederum im Westen, wurde ein ganzer Stab von Mitarbeitern zusammengekauft, um bei der Bundestagswahl 2006 die nächst höhere Stufe zu erreichen, also in den Bundestag einzuziehen. Wobei unter diesen neu-rechten Intellektuellen, wie sie sich selbst gern bezeichnen, neben dem bereits genannten Peter Marx mit Karl Richter, Sascha Roßmüller, Stefan Rochow und anderen auch Leute sind, denen gute Kontakte zur gewaltbereiten militanten Neonaziszene nachgesagt werden.

Im Übrigen erklärt die regionale Herkunft nicht die Interessenlage, der die NPD verpflichtet ist. Faschistische Formierung lässt sich landsmannschaftlich weder erklären noch eingrenzen.

Trotzdem ist der Hinweis auf die geographische Herkunft sinnvoll – und sei es nur, um dem vornehmlich im Westen geäußerten Vorhalt zu begegnen, „die Ostdeutschen“ als ungeübte Demokraten, aber gelernte DDR-Bürger, hätten eine besondere Affinität zu Neonazis. Wenn die Hauptlinge aus dem Westen kommen, kann man wohl kaum von einer originär sächsischen resp. ostdeutschen „Krankheit“ sprechen.

„Die NPD wittert ihre große Chance...“

Gespräch mit Dr. Volker Külow, Abgeordneter im Sächsischen Landtag

Am 19.2. war Dr. Volker Külow Referent auf der Tagung der Antifaschistischen Nachrichten in Köln. Da er sein Referat weitgehend frei vortrug und eine Überarbeitung des Manuskripts zu einem Artikel zu zeitaufwendig gewesen wäre, stellte uns Volker Külow das nachfolgende Interview zur Verfügung, das im gerade in der ‚edition ost‘ erschienenen Buch „Volk am Rand“ veröffentlicht ist. Es enthält im Wesentlichen all die Punkte, auf die Dr. Külow auch auf der Tagung einging.



Interessiert die Mehrzahl der elf NPD-Männer und die eine NPD-Frau überhaupt, was im Hohen Hause verhandelt wird? Ist ihre „Arbeit“ getan, wenn sie fünf Jahre lang ihren Spaß und die Diäten haben? Womöglich nach dem Motto. – Ob wir bei der nächsten Wahl noch hier sitzen werden, ist uns egal?

Das zu unterstellen wäre eine weitere Fehleinschätzung. Wir haben es nicht mit Hasardeuren zu tun, sondern mit überzeugten Vorreitern einer rassistischen, auf totale menschliche Verwertung abzielenden Gesellschaftsordnung. Das individuelle Potential der NPD ist dieser Vision gewidmet. Seit ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag verfolgt die Partei ganz gezielt strategische Ziele: Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente. Auf neuem Niveau!

Sie beobachtet daher nicht nur das parlamentarische Geschehen genau, sondern versucht permanent, auch aktiv, zunehmend sogar aggressiv zu agieren. Dabei kann man ihr eine gewisse Geschicklichkeit nachsagen. Die NPD wittert ihre große Chance, von Sachsen aus zu einem Siegeszug durch die ganze Bundesrepublik aufbrechen zu können. Das ist ihr Plan.

Wie gehen die anderen Parlamentarier mit den ja wohl ungeliebten NPD-Abgeordneten um?

Formal zunächst korrekt, um jeden Anlass zu vermeiden, der den NPD-Abgeordneten Vorteile bringen könnte. Alles, was der NPD und ihren Abgeordneten nach Gesetz und Geschäftsordnung zusteht, erhalten sie. Allerdings bleibt mehr als ein Hauch von Zwiespältigkeit, denn bislang scheinen alle Parteien einschließlich der PDS vom offensiven und taktisch nicht ungeschickten Agieren der NPD überrascht. Dieser Überraschungseffekt manifestiert sich nicht zuletzt darin, dass selbst gezielte Tabubrüche und ein Vokabular im Umfeld der Volksverhetzung und Beleidigung bislang kaum gerügt wurden.

Beispiele?

In einer Rededebatte denunzierte der NPD-Abgeordnete Uwe Leichsenring – neben dem Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel sicher der gefährlichste Mann der Neonazis – antifaschistische Demonstranten als „menschliches Strandgut“. Erst als ich in meiner Funktion als Schriftführer den amtierenden Parlamentspräsidenten zum Handeln aufforderte, wurde der Redner unterbrochen; der fällige Ordnungsruf blieb allerdings aus.

Bei der Debatte zum 60. Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden im Januar 2005 schien es dann aber anders zu sein?

Richtig, wobei sich die Bezeichnung „Debatte“ bei diesem Skandal, der bundesweite Aufmerksamkeit erregte, eigentlich verbietet. Es war eine mit intelligenter Kaltblütigkeit inszenierte faschistische Provokation nach dem alten Motto von Goebbels, in den Parlamenten so viel Eklat wie möglich zu erzielen. Die NPD verweigerte sich bekanntlich zunächst einer Gedenkminute für die Opfer der Nazidiktatur, und dann sprachen die Abgeordneten Apfel und Gansel über den angeblichen „alliierten Bomben-Holocaust“, was von allen anderen Fraktionen, aber auch von der Öffentlichkeit, als Volksverhetzung wahrgenommen wurde. Spätestens an dieser Stelle hatten sich die NPD-Parlamentarier auch für unbedarfte Gemüter als Parteigänger von Faschismus und Nationalsozialismus entlarvt.

Sie sprachen von den drei strategischen Säulen der NPD: „Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente.“ Das wird von der Fraktion im Parlament auf hohem Niveau weiter umgesetzt und forciert. Wie reagiert das Hohe Haus, wie reagieren die anderen Parteien darauf?

Es überraschte, wie schnell es der NPD gelang, eine Fraktion zu formieren und

diese mit Hinterland aufzustellen. Das straffe Regime im Parlament ist auf verschiedene Hauptziele ausgerichtet:

1. Die NPD sucht gesellschaftliche Mehrheiten. Dazu werden möglichst viele Themen mit einem sehr aggressiven Diskussionsstil – den die NPD selbst als „Wortergreifungsstrategie“ bezeichnet – nationalistisch und sozialdemagogisch aufgeladen. Hier sind übrigens die Analogie zu den 20er/30er Jahren offenkundig.

2. Während man die PDS mit straffem Antikommunismus vehement bekämpft, versucht man die Erosion am rechten Rand der CDU voranzutreiben – wobei die Christdemokraten mit ihren Rot-Braun-Reflexen bislang eher hilflos wirken. So versuchen sie als Antwort auf diese Herausforderung nunmehr selbst verstärkt im Trüben zu fischen. Bei bestimmten Themen wie der Drogendebatte oder zum internationalen Terrorismus gab es nicht nur nach meiner Wahrnehmung kulturell und habituell sogar eine schwarz-braune Stammtischkoalition.

Das wirft die Frage auf, inwieweit die anderen Parlamentarier für NPD-Losungen anfällig sind.



NPD-Mann Apfel nach dem Wahlerfolg in Sachsen

Ich würde lieber formulieren, welche Abgeordneten der CDU bereit und in der Lage sind, Positionen zu vertreten, die gefährlich nah an die NPD heranreichen.

Was gewiss auch damit zu tun hat, dass sich die Parteien nicht generell über den Umgang mit der NPD einigten. Ausgrenzen, hörte man, sei keine Lösung. Still- und verschweigen auch nicht. In Bezug auf die DVU in Brandenburg hat man sich damit verrechnet. Fünf Jahre lang fand die Partei in den Medien nicht statt. Trotzdem wurde die Partei wieder gewählt. Welche Strategie empfehlen Sie?

Tatsächlich gibt es bislang weder innerhalb der einzelnen Fraktionen noch im Komplex der fünf Fraktionen der demokratischen Parteien ein wirklich abgestimmtes Konzept umzusetzen. Anfang Januar wurde aber zumindest von den Fraktionsvorsitzenden der fünf anderen Parteien eine gemeinsame Erklärung ver-

abschiedet, in der es hieß: „Trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen sind wir uns darin einig, dass die Verteidigung der Demokratie Vorrang vor den Parteiinteressen haben muss.“

Danach kam es zu einer deutlichen Verbesserung in der Kommunikation und zu einem besser koordinierten Verhalten gegenüber der NPD. Die Anträge der NPD wurden zwar alle abgelehnt und keine ihrer unrechtmäßigen Forderungen nach ihr angeblich zustehenden Sitzen in Ausschüssen erfüllt. Aber durch das bereits diskutierte Wahlverhalten war die NPD immer wieder in den Medien präsent.

In der PDS herrscht im Übrigen Einigkeit, keinem NPD-Antrag zuzustimmen, keine Absprachen zu führen und auch keinen NPD-Abgeordneten in welches Gremium auch immer zu wählen. Wichtig ist aber auch: Wir können und dürfen unser Stimmverhalten nicht vom absehbaren oder angekündigtem Votum der NPD abhängig machen, sondern müssen in jedem Fall eigenständig entscheiden.

Mehr noch als die Tatsache, dass die NPD ins Landesparlament einzog, erschreckte der Umstand, dass bei der Wahl des Ministerpräsidenten der Kandidat der NPD zwei Stimmen mehr bekam, als die NPD Fraktionssitze hatte. Das gleiche wiederholte sich bei der Wahl des Ausländerbeauftragten und später bei der Besetzung des Jugendausschusses. Inzwischen dürfte fast klar sein, woher diese Stimmen kamen. Und. Sind das nur vergrätzte CDU-Hinterbänkler, die von Milbradt kein Pöstchen erhielten? Was auch nicht gerade für das Demokratie-Verständnis dieser Leute sprechen würde.

Nach allen Regeln der Arithmetik und Logik können die Stimmen nur von der CDU kommen. Wenn sich der ehemalige Wissenschaftsminister Rößler genötigt sieht, einem Fraktionskollegen seinen Stimmzettel zu zeigen, um nicht als U-Boot verdächtigt zu werden, heißt das, man sieht das mittlerweile in der CDU wohl auch so. Gleichwohl werden noch immer Versuche unternommen, den Schwarzen Peter anderen Fraktionen zuzuschieben. Das Problem besteht nur darin, dass es in der CDU-Fraktion wahrscheinlich acht bis zehn unsichere Kantonnisten gibt, denen ein derartiges Abstimmungsverhalten, das man sowohl als ehrlich als auch als obszön bezeichnen kann, zuzutrauen ist. Die Abgeordneten, die mit der NPD stimmten, sind keine Statisten in einem CDU-internen Machtkampf gegen Herrn Milbradt, sondern Handelnde, Zutreiber aus dem rechtskonservativen

Lager, das seine radikalere Ausgestaltung mit Hilfe der NPD sucht.

Wie ernst ist die Ankündigung zu nehmen, alle Rechten könnten sich in einer Wahlpartei für die Bundestagswahl 2006 konzentrieren? Von der DVU gibt es in Richtung NPD bereits Signale. Bislang sind die Pläne am Widerstand der „Republikaner“ gescheitert. Welche Prognose stellen Sie?

Man muss nichts prognostizieren. Die Ereignisse sprechen für sich. Es gibt ja bereits Wahlabsprachen, und das geschlossene Agieren der NPD wirkt auf das radikale Milieu stabilisierend, ja anziehend. Die rechtsextremistischen Fließtexte, die NPD-Parlamentarier mit hoher Sprechgeschwindigkeit im Dresdner Landtag vortragen, elektrisieren eine oft frustrierte Anhängerschaft. Sie war jahrelang im Abseits und nicht gesellschaftsfähig. Jetzt sieht sie ihre Repräsentanten auf der politischen Bühne, sozusagen in Frack und Zylinder, und das hebt das Selbstbewusstsein. Das ist der subjektive Faktor, der bei den kommenden Bundestagswahlen durchschlagen kann.

Die objektiven Faktoren sind schwerer zu beurteilen. In der sozialen Frage liegen sie auf der Hand. Die Brüchigkeit des gegenwärtigen Wirtschaftssystems lässt Wutempfinden und Strafgelüste aufleben. Wer arbeitslos ist, wer marginalisiert wird, sucht nach politischen Auswegen. Es sind oft Auswege, die den existentiellen Druck formal verwandeln: Rassismus gehört in dieses Repertoire, aber nicht nur dieser. Es setzt eine allgemeine Dezivilisierung ein, die sich nicht auf Ausländerhass und Antisemitismus beschränkt. Der Wirtschaftsdarwinismus, den die NPD lediglich eingefärbt hat und deutsch-exklusiv hält, während ihn andere einschränkungslos propagieren, nimmt überall Gestalt an.

Man muss sich nur einmal den kleinen Ort Zeißholz bei Kamenz anschauen. In diesem ehemaligen Braunkohledorf mit noch 200 Einwohnern haben am 19. September 2004 mehr als 40 Prozent die NPD gewählt.

In der Öffentlichkeit wird der Einzug der NPD ins Sächsische Parlament oft als Frontalangriff auf die Demokratie bezeichnet. Im bürgerlichen Lager tröstet man sich dennoch, der derzeitige Nazi-Durchmarsch in Parlamente sei nur eine temporäre Erscheinung ...

Die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei, die den Parlamentarismus in der Bundesrepublik nutzen will, um ihn anschließend soweit zu modifizieren, dass er seiner libertären, seiner freiheitsrechtlichen Elemente entkleidet würde. Es bliebe das rohe Gerüst einer brutalen Wirtschaftsdiktatur übrig, die seit dem 8.

Mai 1945 in Europa weitgehend gezähmt schien. Daraus machen die führenden Köpfe der NPD, die durch das Scheitern des Verbotsverfahrens in Karlsruhe 2003 natürlich Oberwasser bekommen haben, im Übrigen kaum einen Hehl.

Prognosen, dass der Vormarsch der Neonazis nur zeitweilig sei, halte ich für falsch und unbegründet. Ganz im Gegenteil: Ich befürchte, dass wir möglicherweise erst am Anfang einer Entwicklung stehen.

Die Analogien sollten nicht über-, aber dürfen auch nicht unterschätzt werden. Was im heutigen Rechtsextremismus politisch, programmatisch und ideologisch an den Faschismus anknüpft, ist oftmals theoretisch modernisiert, politisch durchgearbeitet und verbal angepasst worden. Dazu kommt die strukturelle Verankerung des rechtsextremen Milieus und die besondere Anfälligkeit weiter Teile der Jugendszene. Hier ist eine eigene politische Generation entstanden, für die die faschistische Wahl fast völlig enttabuisiert ist.

Können Sie dieses Phänomen bitte etwas näher erläutern?

Ein bloßes Phänomen ist das nicht. Das ist mit den Händen zu greifen. Die NPD verfügt nach langjähriger Aufbauarbeit über tragfähige Strukturen und eine funktionierende Vorfelddarstellung in Sachsen. Der Wahlerfolg ist Ausdruck einer soziokulturellen Verankerung der Nazis in einzelnen sächsischen Regionen, die sich nicht zuletzt in den Kommunalparlamenten widerspiegelt.

Die NPD wird in Pirna, im Muldentalkreis und anderswo von vielen Bürgern als Teil des demokratischen Parteienspektrums wahrgenommen. Besonders

erfolgreich agiert die NPD unter Jugendlichen, hier spielen die sogenannten Freien Kameradschaften eine Schlüsselrolle. Vor allem über subkulturelle Mechanismen wie Musik, Lifestyle, über Bildungs- und Schulungsveranstaltungen sowie Gemeinschaftserlebnisse für Jung und Alt sickert rechtsextremistisches Gedankengut in die nachwachsende Generation ein.

Diese mehr untergründigen Einflüsse werden von Einflüssen überlagert, die sich der deutschen Hochkultur zurechnen. Es kommt zu einer Verstärkung, zu einer Bestätigung. Die Serie der NS-Geschichtskolportagen in den Kinos und im Fernsehen gehört in diesen Bereich.

Welche Möglichkeiten der Gegenwehr und des Zurückdrängens der Rechtsextremisten sehen Sie?

Wir haben es nicht mit einem eindeutig identifizierbaren Block gesellschaftlicher Organisationen zu tun, deren Angriff eine Masse Gleichgesinnter gegenübersteht, die sich verteidigen und die Gefahr eingrenzen will. Solche Vorstellungen vereinfachen die Wirklichkeit.

Was ist Rechtsextremismus, was ist Faschismus? Eine eigene Gesellschaftsformation, die aus dem Dunkel der Geschichte und aus dem Schmutz der Gosse tritt, um der Unschuld unserer Verfassungsgegenwart Gewalt anzutun? Oder eine Sumpflüte eben jener Wirklichkeit, deren Teil wir sind?

Von den sozialen Bedingungen war schon die Rede. Die Nazis winken ihren Anhängern nicht mit dem Versprechen einer völlig neuen Wirtschaftsordnung, sondern mit der konsequenten und exklusiv verformten Umsetzung der bestehenden. Das erklärt die Grauzonen zwischen

Rechtsextremismus und dem Personal der etablierten Parteien. Wenn man Rassismus und Rechtsextremismus bekämpfen will, muss man mit gleicher Schärfe die gesellschaftlichen Bedingungen attackieren, die beides befördern.

Versucht man sich vor Ort direkt mit den Rechten auseinander zu setzen, belegen alle Erfahrungen staatlicher und vor allem der nichtstaatlichen Arbeit, dass ihnen erstens möglichst die logistische Basis, z. B. durch Schließung ihrer entsprechenden Treffpunkte, entzogen werden muss.

Wichtiger noch ist aber, dass ein Gegenentwurf Platz greifen kann, also eine örtliche oder regionale Struktur demokratischer Kulturarbeit etabliert wird. Sind qualifizierte Angebote der Jugendhilfe und ein Problembewusstsein der Kommunalpolitik vorhanden, kann demokratische Jugendarbeit stattfinden.

Das Zusammenwirken verschiedener Fachbereiche und Verwaltungsstrukturen kann rechtsextreme Dominanzverhältnisse erfolgreich aufbrechen. Sachsen braucht aber nicht nur in den Kommunen, sondern gerade auch auf der Landesebene eine Politik, die eine echte Chance auf Veränderung von Meinungen, Mentalitäten und Wertvorstellungen ermöglicht. Bis dahin ist es allerdings noch ein langer Weg. Natürlich hält eine antifaschistische Partei wie die PDS die Weiterentwicklung eines zeitgemäßen und wirksamen Antifaschismus für dringend notwendig.

Dazu gehört gerade im Jahr des 60. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus das gründliche Lernen aus der Geschichte, d. h. eine kritische und selbstkritische Überprüfung des historischen Arsenal des Antifaschismus.

Interview:

Maxi Wartelsteiner ■

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202, 50937 Köln – Tel.: (02 21) 44 85 45, Fax: (02 21) 44 85 05 – mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de

 <p>Ein Untergang als Befreiung 209 S., EUR 16,90</p> <p><small>Historiker und ZeitzeugInnen beleuchten die weltgeschichtliche Bedeutung des 6. Mai 1945: Esther Bejarano, Stefan Doernberg, Peter Grogold, Hermann Kant, Michael Kluntz, Gerhard Stuby, Kurt Pätzold u.a.</small></p>	<p>Das Jahr 1935 – Nach gibt es die Chance, Hitler in die Schranken zu weisen und am Krieg vorbeizukommen. Wozu wurde sie vertan?</p> <p>Kurt Pätzold/Erika Schwarz (Hg.): Europa vor dem Abgrund 315 S., EUR 22,-</p> 	<p>Von Hyperbores nach Auschwitz</p>  <p>Am Strohmeer Von Hyperbores nach Auschwitz 157 S., EUR 14,-</p> <p><small>Oktokritismus und Faschismus: Der antike Mythos von Hyperbores stand an der Wiege der NS-Ideologie, beflügelte heute Neonazis und findet Platz in der Esoterik.</small></p>	<p>Kommunistischer Widerstand in Sachsenwald – Triebkräfte und Formen, Mechanismen und Widersprüche des antifaschistischen Kampfes unter Extrembedingungen</p> <p>Ulrich Peters: Wer die Hoffnung verliert... 531 S., EUR 34,00</p>  <p>Thomas Wilms Armin Mohler 120 S., EUR 12,50</p> <p><small>Wie bedenkenlos sich konservative Politiker eines der einflussreichsten Vordenkers der «Neuen Rechten» und neo-faschistischen Ideologen bedienten</small></p>	 <p>Werner Bismann/Arno Kölln: Kapital-Verbrechen 207 S., EUR 14,90</p> <p><small>Zur Kriminalgeschichte des Kapitalismus von Paul der Edelmetalle Amerikas über die Freibauten, den Sklavereihandel und die Zuckerplantagen der Karibik bis zu den Waffengeschäften von heute und den Machenschaften ums Öl</small></p>
--	---	---	---	--